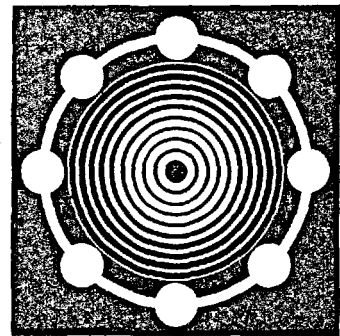


# Arbeitskreis aktuell

Mitteilungen des Arbeitskreises Grundschule e.V., Frankfurt/Main



## Mit sich zufrieden...

... könnte der Arbeitskreis Grundschule schon sein: Trotz sinkender Gesamtzahl der Grundschullehrer und -lehrerinnen, trotz verbreiteter Reformmüdigkeit und restriktiver Bildungspolitik hält sich der Mitgliederstand des Arbeitskreises (mit leicht steigender Tendenz sogar), wächst die Zahl der Besucher von Grundschultagen ebenso wie die Vielfalt der Themenangebote, suchen zunehmend andere Verbände und Institutionen den AKG als Partner für Veranstaltungen und Veröffentlichungen.

Scheinbar weiteren Grund zur Selbstzufriedenheit erbrachte jetzt eine Umfrage unter süddeutschen Arbeitskreis-Mitgliedern. Auf die Frage: „Wodurch könnte der Arbeitskreis noch attraktiver werden?“ antwortete ein Mitglied kurz und bündig: „Eigentlich durch nichts, Ihre Arbeit ist attraktiv und effektiv!“

Auf solchem Lob sich auszuruhen wäre allerdings trügerisch. Die erwähnte und in dieser Ausgabe ausführlich beschriebene Umfrage ergab zwar zu gut zwei Dritteln völlige Übereinstimmung zwischen Mitgliederwünschen und Arbeitskreis-Aktivitäten (man vergleiche dazu etwa das Umfrage-Ergebnis mit dem Aktions- und Publikationsprogramm des Arbeitskreises z. B. in „Arbeitskreis aktuell“ 14/1976, S. 33 ff.); knapp ein Drittel der Mitgliederäußerungen wies jedoch auf Lücken und weiße Flecke in der Verbandsarbeit; etwa 4% der Anregungen gingen über den Satzungsauftrag des Arbeitskreises hinaus: Für die gewünschte Diskussion arbeitsrechtlicher Fragen z. B. sind Lehrerverbände geeigneter, für die Verbreitung von Praxismaterialien die Verlage.

Dennoch bleiben genug Aufträge der Mitglieder an Vorstand und Beirat des Arbeitskreises, die erfüllbar sind – und die erfüllt werden müssen. Allerdings gelingt dies wiederum nicht ohne die weitere aktive Mithilfe und den kompetenten Rat der Praktiker – eben der Mitglieder. Eine Kreisbewegung? Natürlich: Ein „Arbeitskreis“ ist nun einmal ein Kreis von Kolleginnen und Kollegen, die *zusammenarbeiten*. Daß dies künftig in noch viel stärkerem und wirkungsvollerem Maße gelingen möge, wünscht

Ihr „Arbeitskreis aktuell“

## Wie soll sie aussehen: „unsere“ Grundschule?

### Umfrage unter Arbeitskreismitgliedern erbrachte klare Reformvorstellungen

Die Frage ist natürlich zu ergänzen: Was müssen wir *tun*, damit die Grundschule zu „unserer“ Schule wird – einer Schule, in der Kinder, Lehrer/innen und Eltern sich wohl fühlen, mit der sie sich identifizieren können;

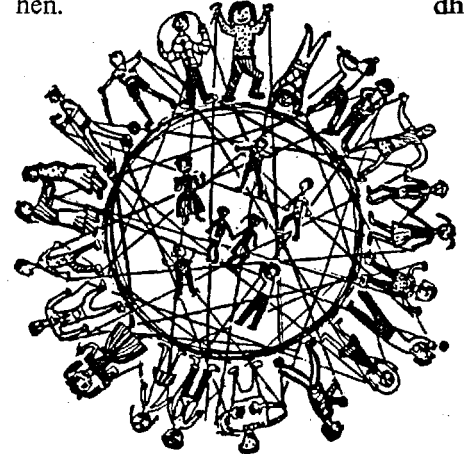
○ deren Schulleben einen persönlichkeitsbildenden Erfahrungsraum bietet – ebenso weltoffen wie mit dem Gemeinwesen verbunden;

○ die so ihr eigenes Profil gewinnt dank eines kompetenten, in pädagogischer Eigenverantwortung arbeitenden Kollegiums.

Funktionierende Lernfabriken, Leistungsmühlen und Unter-Richtstätten lassen sich ganz gut von oben planen und organisieren, wie die Vergangenheit lehrte – und leider auch teilweise noch die Gegenwart lehrt. Solche Schul-„Reform“ ist nicht mehr gefragt. Leistungsfähige und menschliche Schulen, die ihre Leistungsfähigkeit eben aus ihrer Menschlichkeit beziehen, können nur „von unten“ wachsen, können ihre Gestalt nur durch die Menschen gewinnen, die in ihr oder mit ihr zusammenarbeiten: Kinder, Lehrer/innen, Eltern.

Für den Arbeitskreis Grundschule gehörten 1983 auch solche Überlegungen zum Hintergrund des Vorstandesbeschlusses, durch weitgehende Regionalisierung der Verbandsarbeit noch mehr Mitglieder-nähe zu suchen – und damit auch noch mehr Nähe zu jenen Problemen „vor Ort“, die aus der bildungspolitischen Globalperspektive zu leicht übersehen werden. Von daher war es nur folgerichtig, daß im Zuge der Regionalisierung gebildete Arbeitsgruppen aus baden-württembergischen und dann auch aus bayerischen Vor-

stands- bzw. Beiratsmitgliedern daran gingen, sich durch systematische Kontaktaufnahme der besonderen Sorgen und Wünsche, der Kritik und Anregung „ihrer“ Landesmitglieder zu vergewissern<sup>1</sup>. Welche Bedeutung die Rückmeldungen der Mitglieder für die weitere Tätigkeit des Arbeitskreises Grundschule gewinnen, mag man aus dem folgenden Bericht ersehen. dh.



### Konzeption einer Mitgliederbefragung in Baden-Württemberg

Noch mehr Mitglieder-nähe – gerade auch unter den Bedingungen eines Flächenstaats – war von Anfang eine der wichtigsten Zielvorstellungen der baden-württembergischen Beiratsgruppe. Sie stellte

<sup>1</sup> Die baden-württembergische Arbeitsgruppe konstituierte sich im Frühjahr 1985: Gabriele Faust-Siehl (Beirat, jetzt Vorstand), Prof. Dr. Hildegard Kasper (Beirat), Dr. Michael Herbert (Beirat), Prof. Dr. Kurt Meiers (Vorstand, jetzt Beirat). Die Mitgliederbefragung wurde für Baden-Württemberg im Oktober 1985, für Bayern im Frühjahr 1986 durchgeführt. Hier zeichnet Helga Müller-Bardorff (Beirat, jetzt Vorstand) verantwortlich.

das gegenseitige Kennenlernen und die differenzierte Bestandsaufnahme der Interessen, Anregungen und Wünsche an den Beginn von mehr Kommunikation und Kooperation auf regionaler Ebene und wandte sich mit einer Fragebogenerhebung an die baden-württembergischen Mitglieder. Wenig später wurde ein ähnlicher Fragebogen an die bayerischen Mitglieder versandt.

Die Empfänger wurden um Auskünfte, Meinungen und Anregungen zu vier Fragen gebeten:

1. *Bestandsaufnahme der grundschulpädagogischen Situation* in dem Bundesland unter der Maßgabe, in welchen Bereichen der Arbeitskreis sich regional vordringlich engagieren sollte.

2. *Themenwünsche für regionale Fortbildungsangebote* bzw. Grundschultage des Arbeitskreises.

3. „*Persönliche*“ *Fragen oder Anliegen*, da Probleme, die einzelne Mitglieder besonders bewegen, nicht notwendig mit auch von ihnen erkannten generellen Aufgaben zusammenfallen.

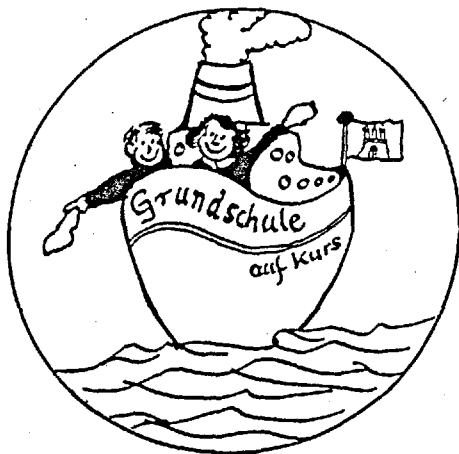
4. *Anregungen zur Organisation und Arbeitsweise* des Arbeitskreises unter der Frage, wie der Arbeitskreis für die Mitglieder noch „attraktiver“ werden könnte.

In strukturierter Gesamtsicht entfalten die Antworten auf die Fragen 1 bis 3 eine breite Palette bildungspolitischer Schwerpunktsetzungen und Anregungen. Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung lassen sich so als eine aktuelle Situationsbeschreibung der Lage der Grundschule und des Arbeitskreises lesen, deren Bedeutung über die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern hinausgeht. Davon abzuheben sind die Antworten auf die Frage 4, die Vorschläge zur Organisation und Arbeitsweise des Arbeitskreises betreffen. Sie werden in einer der nächsten Ausgaben von „Arbeitskreis aktuell“ dargestellt.

## Grundschule 1986 – Gegenwärtige Brennpunkte in der Sicht der Mitglieder

Die Antworten auf Frage 1 bis 3 belegen, daß die Mitglieder in der Detailarbeit des Alltags die Auswirkungen übergreifender Zusammenhänge und Tendenzen erleben und erkennen. Im Arbeitskreis Grundschule sehen sie die Institution, die ihnen bei ihrem Bemühen, die Grundschule zu einer für alle Beteiligten (Kinder, Eltern, Lehrer) lebendigen und förderlichen Einrichtung zu machen, helfen kann. Sie erwarten die Erörterung grundlegender Fragen und Probleme unter regionaler Perspektive und erhoffen sich davon Impulse und richtungweisende Hinweise für ihre gegenwärtige und zukünftige Arbeit. Der Arbeitskreis wird dabei als ein Zusammenschluß betrachtet, der sich von der Sache her engagiert, ohne politische Themen auszuklammern, wenn sie zur Realisierung der pädagogischen Ziele

angesprochen und diskutiert werden müssen. In dieser *grundlegenden Sicht* stimmen die Erwartungen der Mitglieder und der Satzungsauftrag des Arbeitskreises Grundschule e.V. in bemerkenswertem Maße überein.



### ● **Bildungsauftrag der Grundschule**

Auf die Frage nach den Problembereichen, die der Arbeitskreis aufgreifen sollte, wird von der größten Gruppe der Antworten zur Weiterentwicklung der grundschulpädagogischen Zielvorstellungen aufgefordert, und zwar sowohl im Hinblick auf Konzeptionen als auch auf Einzelfragen. *Konzeptionell* wird die weitere Stärkung des besonderen Bildungsauftrags der Grundschule verlangt. Grundschule darf sich weder von den „wettbewerbsorientierten“ Schularten der Sekundarstufe I noch vom spezifischen Bildungsauftrag einzelner Fächer her begründen: Sie ist in der Perspektive einer „neuen Allgemeinbildung“ unter den Bedingungen dieser Altersstufe zu entwerfen. Die Rücksender betonen dazu die „emotionalen“ und sozialen Zielbereiche und die Erneuerung des Bildungsauftrags in ökologischer, friedenspädagogischer und „weltoffener“ Perspektive. Grundschule wird dabei als eine Institution gesehen, die durch das gegenwartsbezogene und lebensnahe Zusammenwirken der Beteiligten gekennzeichnet ist. Die Rücksender regen an, erneut die Verlängerung der Grundschule auf sechs Schuljahre in die Diskussion zu bringen.

„*Wie gelingt es, Grundschule zu einem Organismus wachsen zu lassen, in dem alle Beteiligten – Kinder, Eltern, Lehrer, Öffentlichkeit, Verwaltung, ... lebendig und fördernd zusammenwirken? Verwaltung oder sog. ‚Sachzwänge‘ dürften einen solchen Organismus nicht gefährden.*“

„*Ich denke, es sollte als Gegengewicht zu Fortschritt, Technik und Wachstum in Grundschulen verstärkt wieder eine Sensibilität und Wahrnehmungsfähigkeit für Natur und Mensch wachgerufen und gefördert werden.*“

Aus einigen Stellungnahmen gehen die Probleme von Schulen hervor, die unter besonderen Bedingungen arbeiten. Landesschulen benötigen Hilfen für Kinder, die

sich nur im Dialekt verständigen können, kleine Grundschulen brauchen Unterstützung in der Ausstattung der Schule, z. B. durch Listen, die die pädagogisch vertretbare Mindestausstattung auflisten.

### ● **Veränderte Rahmenbedingungen**

Die Grundlage dieser konzeptionellen Weiterentwicklung soll in der Sicht der Mitglieder die illusionslose, realitätsbezogene Auseinandersetzung mit den *veränderten gesellschaftlichen und schulischen Bedingungen* der Grundschulerziehung bilden. Kann etwa eine Schule, deren Lehrerinnen und Lehrer teilzeitbeschäftigt sind, das erwünschte integrative, fächerübergreifende und „ganzheitliche“ Lernen gewährleisten? Veränderte Familienstrukturen und die Wachstumsgesellschaft mit Verkabelung, Neuen Medien und dem Computer im Kinderzimmer verändern die Kindheit. Von pädagogischer Seite werden dazu die wissenschaftliche Bestandsaufnahme, die Untersuchung der Auswirkungen und die Aufklärung oder auch „Warnung“ der Öffentlichkeit verlangt. Von Fortbildungsangeboten werden Hilfen für den Umgang mit den Folgen dieser Entwicklungen erwartet, z. B. zur schulischen Förderung von „Problemkindern“.

Landesweit leben nach Angaben eines Kollegiums, das die Zusammenarbeit mit dem Verband alleinerziehender Mütter und Väter anregt, in Baden-Württemberg mindestens  $\frac{1}{5}$  der Kinder in Ein-Eltern-Familien. Kinder, die Familienkonflikte, Scheidung der Eltern und Trennung von Vater oder Mutter erlebten, werden in Unterrichtsmedien und öffentlichen Verlautbarungen mit realitätsfernen Idealbildern der Familie konfrontiert. Das Kollegium fordert deshalb dazu auf,

„... (1.) *wissenschaftlich die Situation der Kinder aus Ein-Eltern-Familien näher zu untersuchen und (2.) bildungspolitische Initiativen zu ergreifen, um die Grundschule so weiterzuentwickeln, daß sie dieser Lebenssituation vieler ihrer Schüler besser entspricht. Hierzu ist an ganztägige Betreuung, Lehrer und Erzieher als wichtige männliche Bezugspersonen und kleinere Klassen mit sozial- und heilpädagogischer Betreuung zu denken.*“

### ● **Lehrpläne und Richtlinien**

Auch nach Curriculumreform und erneuter Lehrplanrevision sind nach wie vor *Initiativen zu den Bildungsplänen* notwendig: Etwa ein Fünftel der Rücksendungen führt – zum Teil unter anderem – diesen Problembereich auf. Bemerkenswert ist die positive Rückmeldung zur geltenden *Präambel* des baden-württembergischen Grundschullehrplans, die nach Meinung der Mitglieder den Weg zur kindgerechten Grundschule weist und nachhaltige Betonung verdient. Als Problem wird jedoch die „Übersetzung“ der Leitgedanken in die *Fachlehrpläne* benannt. Die Rücksender befürchten, daß in der geforderten

fachlichen Umsetzung der innere Zusammenhang der Arbeit verlorengelht und die pädagogisch begründete Arbeit von stofflichen Inhalten überlagert wird.

„Es liegt den meisten Lehrern näher, Inhalte zu vermitteln. Dies wird von Schulverwaltung und Eltern auch in erster Linie verlangt und kontrolliert. Dabei bleiben folgende Gesichtspunkte häufig unberücksichtigt:

- Förderung der Lernfreude
- Vermittlung von Erfolgszuversicht
- Anregung zum selbständigen Arbeiten
- Hinführung zur Übernahme von Verantwortung (Präambel der Grundschullehrpläne)...

Dies müßte verstärkt ins Bewußtsein gehoben und mit vielfältigen Beispielen verknüpft und an stofflichen Inhalten konkretisiert werden.“ (Zuschrift einer Schule)

### ● Stoffülle und Zeitmangel



Dezidierte Kritik wird an der Stoffülle der Lehrpläne und an der Zeitknappheit geübt, unter der Kinder und Lehrer leiden. Für die Vielfalt der Aufgaben, so erleben es tagtäglich die Lehrer, steht viel zu wenig Zeit zur Verfügung. Die wenigen Unterrichtsstunden, auch in Baden-Württemberg gegenüber den fünfziger Jahren gekürzt, genügen noch nicht einmal für die klassischen Aufgaben der Grundschule – Üben bis zum sicheren Beherrschen –, geschweige denn für die Gestaltung des Klassen- und Schullebens und die angemessene Förderung langsam lernender Kinder. Im Musikunterricht soll mit einer Wochenstunde musische Erziehung geleistet werden. Die Mitglieder verlangen vom Arbeitskreis, diese Situation zu verbessern. Unter den derzeit gültigen Bedingungen sollen die Freiräume und Spielräume für die Initiativen der Lehrenden verstärkt deutlich gemacht werden.

„Mehr Zeit für die Kinder – aber sinnvoll nutzen, nicht für eine Paukschule!“

### ● Reform des Unterrichts

Nach wie vor werden Initiativen zur didaktisch-methodischen Umgestaltung des Schulalltags zu einer offenen, auf den Lerninteressen der Schüler aufbauenden und ihre Selbständigkeit fördernden Grundschule verlangt. Fortbildung zur

Befähigung für Differenzierung im Unterricht, offenen Unterricht und Freie Arbeit – oder auch Freinet-Pädagogik (Bayern) – werden am häufigsten als Themen von Grundschultagen gewünscht. Ein Kollegium vermerkt dazu, daß weniger die ersten Schritte als die Balance und die Verschränkung der selbstgesteuerten Arbeitsphasen mit dem lehrgangsartigen Unterricht interessieren.

„Nach wie vor sind gute Ideen für anregende Materialien und ihre Aufstellung, Ordnung und Sammlung sehr nützlich.“

„Hinführung zu offenerem Unterricht auch in Baden-Württemberg. Wichtig ist hierbei, Kollegen/innen Mut zu machen und kleine Schritte aufzuzeigen, wie die eigene frontale Arbeitsweise aufgebrochen werden kann.“

### ● Kindgerechte Leistungsbeurteilung

Ein entscheidender Schritt weiter in der Richtung einer kindgerechten Grundschule stellt dabei für die Rücksender die weitere Reduzierung der Leistungsbewertung in Form von Noten dar. Die Mitgliederbasis unterstützt die Position des Arbeitskreises, wonach es unsinnig ist, durch Notendruck statt durch mehr Förderung Leistungen verbessern zu wollen. Kinder und Lehrer brauchen die differenzierte lernfortschritts- und schülerbezogene Rückmeldung gerade auch nach Klasse 1. Warum zudem Noten in Sport und in den musischen Fächern? Statt ihre eigenen Beurteilungsformen weiterzuentwickeln, praktiziert die Grundschule unbefragt die Leistungsbewertung der weiterführenden Schulen.

### ● Probleme der Unterrichtsfächer

Im Hinblick auf die Fächer wird vor allem für den Deutschunterricht die mit den Lehrplänen von 1984 verordnete stärkere Gewichtung des Rechtschreibes problematisiert: „Rechtschreibreform und Vereinfachte Ausgangsschrift – warum nicht in Baden-Württemberg?“ Daneben werden Bestandsaufnahmen für den Mathematikunterricht (nach der „Verbannung“ der Mengenlehre) und für den „Heimat- und Sachunterricht“ verlangt. Ein Rücksender vermerkt skeptisch: „Gelingt es, mit alten Rezepten (z. B. Rechtschreiben, Heimatkunde...) die Probleme der heutigen Schule zu lösen?“ Mit Sport und Schwimmen sollte sich der Arbeitskreis nach Meinung einiger Mitglieder einem Lernbereich zuwenden, der in der Tat bisher einen ‚weißen Fleck‘ unter den Arbeitskreis-Aktivitäten darstellt. An weiteren Themenwünschen kamen aus Bayern: Fremdsprachenunterricht in der Grundschule, Medien- und Sexualerziehung sowie Hilfen bei Konzentrationsstörungen.

### ● Kinder mit Behinderungen

Im Vergleich zur Praxis in anderen Bundesländern werden in Baden-Württemberg Kinder mit Behinderungen im allge-

meinen strikt den entsprechenden Sondereinrichtungen zugewiesen. Die Mitglieder wünschen hier Offenheit für Elternwünsche und Initiativen gegen die Separation. Die Grundschule als „Schule aller Schüler“, so der Mitgliederauftrag, steht allen Kindern offen.

### ● Ausländerkinder



Deutsche und ausländische Schüler

Nach wie vor fehlen Konzeptionen und didaktisch-methodische Hilfen, die der besonderen Stellung der Kinder ausländischer Mitbürger gerecht werden, sowie die entsprechenden Fortbildungsmöglichkeiten. Es kann sich, so die Meinung der Mitglieder, dabei nicht darum handeln, Sonderkonzeptionen im Sinne einer isolierten „Ausländerpädagogik“ zu entwerfen: *Interkulturelle Erziehung* ist als genuiner Teil der Didaktik allgemeinbildender Schulen in Ländern mit einem hohen Anteil an Einwanderern zu verstehen. Ein Kollegium benennt als neues Problem die Perspektive im Umgang und in der Förderung von Kindern von Asylbewerbern. Die Kollegen wünschen hierzu vor allem auch mehr Informationen durch spezifische Fortbildungsangebote, u. a. zur „Bildung und Ausbildung von Mädchen in islamischen Staaten“ und zur „Primarstufenausbildung in Ländern der Dritten Welt“.

### ● Übergänge und schulische Kooperation

Die Entwicklung hin zu einem veränderten Berufsbild des Lehrers kommt in der großen Gruppe der Rückmeldungen zum Ausdruck, die mehr Kommunikation, Kooperation und wechselseitige Anregung und Unterstützung unter den Lehrenden verschiedener Schularten wünschen: sowohl zwischen Grundschule und Sonderschulen (mehrfach genannt Sonderschule für Lernbehinderte) als auch gerade zwischen Grundschule und weiterführenden Schulen. Die Kollegen wollen dies vor allem im Interesse der Kinder, ihrer besseren Förderung und einer Erleichterung des Übergangs nach dem Ende der Grundschulzeit. Sie sind zu einem entsprechenden Engagement bereit. Die Grundschule versteht sich dabei gerade auch als der Partner, der den anderen Schulen Richtungen und Wege der pädagogischen Arbeit weisen kann. Interessanterweise wird die Kooperation von Grundschule und Kindergarten nicht

mehr als Problembereich erwähnt. Sie scheint bereits als Modell der Kooperation und gelungenes Beispiel für die Verbesserung der Lebenssituation der Kinder, die dadurch erreicht werden kann, verankert. „Die Übergangsproblematik nach der Grundschule müßte genauso ernst genommen werden wie der Übergang vom Kindergarten zur Grundschule. ... Dem engagierten Grundschullehrer, der ein 4. Schuljahr abgibt, kann es nicht gleichgültig sein, nach welchen pädagogischen Grundlinien seine bisherigen Schüler ‚erzogen‘ und ‚eingerichtet‘ werden.“

Die Öffnung nach außen betrifft nicht nur die parallelen oder anschließenden Schularten und – immer genannt – die verbesserte Zusammenarbeit mit den Eltern; gefragt wird auch nach mehr Kontakt mit anderen Einrichtungen, die im Bildungssektor arbeiten: Bibliotheken, Museen, (Erziehungs-)Beratungsstellen, nach einem intensiveren „Zusammenwirken von Hochschullehrern und Grundschullehrern“ und nach Kommunikation mit den Kolleginnen und Kollegen in benachbarten Bundesländern und Nachbarstaaten, z. B. in Frankreich (Elsaß), in Österreich, in der Schweiz und in den Beneluxstaaten. Vom Arbeitskreis werden dazu durchaus auch praktische Hilfen erwartet. Beides, die konzeptionelle Aufarbeitung der Situation und die Erleichterung der Kontakte, sind wohl als neue Aufgaben des Arbeitskreises zu sehen und anzugehen.

### ● Die historische Perspektive

Verschiedene Fragebögen bringen den Wunsch nach einer „Bilanz“ zum Ausdruck, einer Betrachtung der Entwicklung im Zusammenhang und in längeren Zeiträumen entweder generell als Standortbestimmung der Grundschule nach den ersten sieben Jahren ihrer Geschichte oder bezogen auf die Grundschulentwicklung in Baden-Württemberg. Der geschichtliche Vergleich soll es dabei ermöglichen, aktuelle Tendenzen in Baden-Württemberg wie z. B. Gesamtunterricht und „Werteerziehung“ besser verstehen und einordnen zu können. Die Erwartungen schließen durchaus auch aktuelle Kommentare zu Einzelfragen wie z. B. dem Erlaß zur Notenrelevanz des Rechtschreibens ein, und es werden erneute Anstrengungen zur praktischen Erprobung pädagogischer Veränderungen gewünscht: „Es sollten wieder Schulversuche in der Grundschule eingerichtet werden.“

### ● Lehrerarbeitslosigkeit und Fortbildung

Neben den bisher angesprochenen Bereichen beschäftigen vor allem zwei Strukturprobleme der Grundschule die Mitglieder: 1. die Verschiebung der Altersstruktur in den Kollegien durch anhaltende Nichteinstellung junger Lehrer/innen und 2. die Notwendigkeit einer anderen und besseren Lehrerfortbildung.

Die Sicht der Mitglieder und ihre deutlich werdende Sorge um die kontinuierliche Personalentwicklung der Grundschule stimmen bemerkenswert mit der programmatischen Erklärung des Arbeitskreises überein: „Mehr Zeit für Kinder – Arbeit für mehr Lehrerinnen und Lehrer“ (siehe „Arbeitskreis aktuell“ Nr. 1/September 1986). Hier zusammen mit den Lehrerverbänden nach Lösungen zu suchen, wird noch für längere Zeit zu den dringlichsten Aufgaben des Arbeitskreises Grundschule gehören. Deutlich wird bei vielen Rücksendern ein Wille zur praktischen Solidarität:

„Wie können wir den engagierten jungen, gut ausgebildeten Grundschullehrern helfen? – Bildungspolitisch, persönlich, psychisch? Jenen, die noch auf der Warteliste stehen, und jenen, die von der Warteliste gestrichen wurden...?“

Das zweite Problem, der Wunsch nach einer zugleich qualifizierteren und alltagsnäheren unabhängigen Lehrerfortbildung, die die Chancen regionaler Verankerung nutzt, leitet zu den Vorschlägen der Mitglieder zur Verbandsstruktur des Arbeitskreises Grundschule (Antworten auf Frage 4) über.

Die konstruktiven Vorschläge der Mitglieder umreißen vier Felder, in denen verstärkte Aktivitäten den Arbeitskreis für die Rücksender noch „effektiver“ und „attraktiver“ machen können:

1. Einrichtung von Arbeitsgruppen in Gemeinden und Kreisen,
2. Öffentlichkeitsarbeit mit Stellungnahmen zu aktuellen Vorgängen,
3. mehr Werbung für den Arbeitskreis: zur Verbreitung seiner Ideen wie zur Gewinnung neuer Mitglieder,
4. Verbreitung von Praxishilfen und Praxismaterialien.

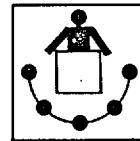
Hier stellen sich dem Arbeitskreis z. T. neue, z. T. aus personellen und finanziellen Gründen bislang ausgeklammerte Aufgaben, zu denen insbesondere die bayerischen Mitglieder interessante Hinweise beisteuern. Der Vorstand wird diese Vorschläge auf einer seiner nächsten Sitzungen eingehend beraten.



„Arbeitskreis aktuell“ wird dieses Thema dann erneut aufgreifen und die Mitglieder

um Stellungnahme, aber auch um Mithilfe und weitere Anregungen bitten. Denn so erfreulich sich auch der Arbeitskreis durch die Mitgliederumfrage bestätigt findet – ohne die aktive und engagierte Mitarbeit seiner Mitglieder bliebe „unsere“ Grundschule, so wie wir sie uns wünschen, in weiter Ferne...

Gabriele Faust-Siehl



## BILDUNGSPOLITIK

### Die „kleine“ Grundschule: „unsere Grundschule?“

#### Politischer Schnellschuß ohne pädagogisches Konzept

Das Thema „kleine Grundschule“ ist wegen zurückgehender Schülerzahlen bereits seit einigen Jahren aktuell. Zum 1. 8. 1980 setzte das Niedersächsische Kultusministerium einen Erlaß zur Erhaltung kleiner Grundschulen in Kraft<sup>1</sup>, sechs Jahre später erst griff Baden-Württemberg das Thema auf. Der Unterschied zwischen Niedersachsen und Baden-Württemberg in der Behandlung des Themas besteht darin, daß es in Niedersachsen um die Erhaltung von Grundschulen ging, die wegen sinkender Schülerzahlen nicht mehr einzügig geführt werden können, in Baden-Württemberg um die Wiedereinrichtung wohnortnaher kleiner Grundschulen. Letzteres ist – politisch gesehen – ein zweifellos wesentlich schwierigeres Unternehmen, dem der Arbeitskreis Grundschule viel Erfolg wünscht, das er aber zugleich als Anwalt der Interessen der Grundschule aufmerksam verfolgen muß.

#### ● Wem nützt die kleine Grundschule

An die Spitze der Argumente für die kleine Grundschule setzt das baden-württembergische Kultusministerium die Interessen der Kinder: Kürzere Schulwege, Unabhängigkeit von (öffentlichen) Transportmitteln, persönliche Atmosphäre in der Schule, aber auch schulübergreifende Gesichtspunkte spielen eine Rolle: Die Bedeutung der Schule für das Gemeindeleben, Aufnahme wohnortbezogener Themen, engere Kontakte zwischen Elternhaus und Schule, usw. Wer könnte dagegen etwas einwenden? Deshalb kann das Ministerium sich des Beifalls der Menge sicher sein.

Nicht von ungefähr taucht von daher in der Presse die Frage auf, ob politische Selbstdarstellung oder die Besänftigung von Teilen der ländlichen Bevölkerung damit bezweckt sind. Die in Baden-Württemberg jüngst mit der o. g. Ankündigung ausgelösten publizistischen Reaktionen